



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung

**„Herausforderungen für die Berufliche Bildung -  
Berufliche Bildung zwischen Tradition und Innovation“**

**Rede**

**der Bundesministerin für Bildung und Forschung,  
Prof. Dr. Annette Schavan, MdB,**

**anlässlich**

**der 40-Jahr-Feier des Bundesinstituts für Berufsbildung**

**am 27. Mai 2010**

**in Bonn**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

## Anrede

Vor wenigen Wochen hat eine Studie wieder gezeigt: Die Gefahr, im Alter zwischen 14 und 25 Jahren arbeitslos zu werden, ist in Deutschland so gering wie nirgendwo sonst. Zwischen 2007 und 2009 ist die Jugendarbeitslosigkeit in Europa um 6 Prozent auf 19 Prozent gestiegen. In Deutschland ist sie deutlich gesunken. Das zeigt: Die Berufliche Bildung mit ihrem Herzstück, der dualen Ausbildung, ist die beste Vorbeugung gegen Jugendarbeitslosigkeit. Ich sage deshalb ein herzliches Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesinstituts für Berufsbildung, an die Leitung des Instituts – an Sie, lieber Herr Krämer und an Sie, lieber Herr Professor Weiß –, an die Mitglieder des Hauptausschusses, an alle, die hier wirken. Ich danke Ihnen für den kraftvollen Beitrag, den sie heute und den die Vorgänger in den vergangenen 40 Jahren für die Weiterentwicklung der Berufsbildung in Deutschland geleistet haben.

## I.

Das Bundesinstitut führt die vielen Akteure der beruflichen Bildung zusammen: Gewerkschaften, Arbeitgeber, Bildungspolitiker, Pädagogen. Das ist Ausdruck des guten Zusammenspiels der Kräfte aus Bürgergesellschaft, Pädagogen und Politik bei der Berufsbildung. Das kommt den jungen Menschen zu Gute.

In den vergangenen 40 Jahren hat das BIBB in jedem Jahrzehnt einen spezifischen Akzent gesetzt.

- Da war in den 70er Jahren zunächst die Arbeit an der eigenständigen betrieblichen Berufsbildungsforschung. Da waren die Entwicklungsprogramme für neue Lehr- und Lernmethoden. Da war die Unterstützung der Kooperation von Bund und Ländern bei der Abstimmung von passgenauen Ausbildungsregelungen für Betriebe und Berufsschulen.
- In den 80er Jahren leistete das Institut grundlegende Beiträge zur Qualitätssicherung und der beruflichen Weiterbildung.
- In den 90er Jahren schaffte das Institut neue Berufsstandards in der Medien- und IT-Branche sowie die inhaltliche Verzahnung zwischen Aus- und Weiterbildung in wichtigen Berufsbereichen.
- Mit der Jahrtausendwende ging es schließlich um die Rahmenbedingungen der Förderung von Überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS). Das BIBB hat diese

wichtigen neuen Akteure zu Kompetenzzentren weiterentwickelt, Handlungsfelder von berufsbildungspolitischem Gewicht frühzeitig besetzt, technologische Innovationen zeitnah in die betriebliche Ausbildung gebracht.

Das sind Schlaglichter. Sie geben einen Einblick in die große Bandbreite der Themen des BIBB. Rund 90 Berufe wurden neu geschaffen, 230 Berufe wurden weiterentwickelt und modernisiert. Dieser Prozess geht weiter. Es geht in Zukunft verstärkt um Bündelung und um neue Verbindungen zwischen Teilen, die grundlegend sind, und solchen, von denen ausgehend unterschiedliche Spezialisierung möglich ist.

Auch strukturell hat sich viel verändert. Im Raum stand die Frage nach der Modularisierung. Der Widerstand war anfangs groß. Das ändert aber nichts daran, dass sich strukturell natürlich ganz viel verändern wird, und dass man auch strukturell viel verändern kann, ohne das Berufsprinzip aufzugeben. Wir fahren am besten damit, wenn wir – so wie in den vergangenen 40 Jahren – auch in diesem Bereich keine Kopfgeburten, aber eine sehr wache Beobachtung dessen zulassen, was sich tatsächlich in der Arbeitswelt im Blick auf Branchen und Berufsbildern tut. Wir sollten nicht an dem festhalten, was ist, sondern uns auf Veränderungen einlassen – im Interesse der jungen Menschen, im Interesse künftiger Generationen.

## II.

Fünf Punkte will ich ansprechen, denen wir in den nächsten Jahren besondere Aufmerksamkeit widmen werden:

### Erster Punkt: Prioritätenbildung

Alle sagen: Bildung hat Priorität. Der Satz ist kaum ausgesprochen, da beginnen die ersten zu überlegen, ob das eigentlich so sein muss. Ich finde es eine ausgesprochen gute Entwicklung, dass die Forderung nach mehr Investition in Bildung und Forschung und die damit verbundene Priorität für diese Bereiche nicht nur von den Bildungspolitikern kommt. Die Priorität für Bildung und Forschung muss roter Faden des Regierungshandelns insgesamt werden.

Ich messe der Kommunalpolitik eine ganz wichtige Rolle in diesen Prozessen bei. Bei der Weiterentwicklung des Bildungssystems wird uns doch immer deutlicher, dass die Strukturen vor Ort, die Zusammensetzung der Bevölkerung, die soziokulturellen Aspekte eine wichtige Rolle spielen. Deshalb bin ich eine große Anhängerin des Subsidiaritätsprinzips. Deshalb sage ich: Lasst uns nicht immer Pläne machen, die überall gleichermaßen gelten. Politik –

insbesondere Bildungspolitik – beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit. Und das heißt: die Wirklichkeit vor Ort ist ganz entscheidend für die Frage: Welche Maßnahmen sind wo sinnvoll und mit Priorität zu beachten?

Und dafür sind auch mehr Investitionen nötig. Die Bundesregierung hält am 10 Prozent-Ziel fest: 3 Prozent für Forschung, 7 Prozent für Bildung. Wir wissen genau, dass es einen engen Zusammenhang gibt zwischen Bildung und Wirtschaftskraft eines Landes; einen Zusammenhang zwischen Bildung und Sozialkosten. Damit unsere Sozialsysteme nicht noch mehr überfordert werden, damit dieses Land im Blick auf wirtschaftliches Wachstum stärker aus der Krise hervorgeht, als es in die Krise hineingegangen ist, sorgen wir jetzt dafür, dass mehr investiert wird – finanziell, konzeptionell, strukturell. Die meiste Kreativität, die wir gerade aufbringen müssen, müssen wir da aufbringen, wo es um Bildung und Erziehung, wo es um Ausbildung und Wissenschaft geht.

Wer ein gutes Bildungssystem will, braucht Begeisterung, braucht in der Gesellschaft Leidenschaft für Bildung. Dann gilt eben auch nicht mehr der Satz: „Bildung muss kostenfrei sein“. Bildung kostet viel Geld, und deshalb erwarten wir dieses Engagement für Bildung von der Bürgergesellschaft und wir erwarten es auch vom Staat.

In keinem Bereich wird dieses Engagement der Bürgergesellschaft – nämlich in Form der Unternehmen – so deutlich wie bei der Beruflichen Bildung. Für einen Gymnasiasten werden in Deutschland im Schnitt 5.400 Euro aufgebracht, für einen Hauptschüler 5.600 Euro und für einen Schüler im Bereich der dualen Ausbildung 10.000 Euro – davon 8.000 Euro in den Unternehmen, 2.000 Euro von der öffentlichen Hand. Weil sich die Gesellschaft durch die Unternehmen in so herausragender Weise an der Beruflichen Bildung beteiligt, ist die Ausbildung nicht nur gut, Die Unternehmen können sicher sein, dass an deren Ende auch hochqualifizierte Fachkräfte stehen.

Zweiter Punkt: Die Demografie

Unsere Gesellschaft steht vor größeren Veränderungen, als wir uns das deutlich machen. 2020 werden 3,1 Millionen Menschen unter 25 Jahren weniger in Deutschland leben als heute. Das ist ein Rückgang um 15 Prozent. Im Übrigen wird es einen Rückgang der Bevölkerung um 2 Prozent geben. Im Ausbildungspakt haben wir deshalb vereinbart, uns vor diesem Hintergrund noch stärker mit der Frage der Qualifizierung zu beschäftigen. Wir haben schon in den vergangenen Jahren – auch durch eine Reihe von Initiativen der Länder – einen Rückgang bei den Schulabbrecherzahlen herbeigeführt. Auch hier müssen wir noch mehr tun. Wir müssen Sorge dafür tragen, dass die Jugendlichen zu einem Abschluss kommen und eine berufliche Ausbildung absolvieren. Wir stärken deshalb die Bildungslotsen

und die Bildungsketten. Die Bildungsketten setzen darauf, dass Jugendliche mit Schwierigkeiten frühzeitig Orientierung durch Bildungslotsen bekommen.

#### Dritter Punkt: Internationalisierung und Europa

International gibt es ein großes Interesse an unserem System der dualen Berufsausbildung. Wir sollten diese Wertschätzung auch nutzen, um in Europa selbstbewusst aufzutreten. Auch über die duale Bildung hinaus haben wir eine Vielzahl attraktiver beruflicher Vollzeitstudiengänge – von den Berufsfachschulen bis hin zu den beruflichen Gymnasien. Das Interesse an den dualen Studiengängen wächst. Diese besondere Verbindung von Orten der Erfahrung mit der Reflexion und theoretischen Vertiefung an der Hochschule ist ein Zukunftsmodell.

#### Vierter Punkt: Europäischer Qualifikationsrahmen

Der Europäische Qualifikationsrahmen hat uns auch noch einmal eine gute Möglichkeit der Vergewisserung gegeben. Wir haben erste gute Ansätze, damit Teile der Ausbildung absolviert werden können. Studierenden empfehlen wir immer, dass sie nach Möglichkeit Auslandserfahrungen machen sollen – das kann auch für junge Leute gelten, die in einer beruflichen Bildung sind.

#### Fünfter Punkt: Weiterbildung

Das Bildungssystem insgesamt wird in Zukunft nicht mehr ausschließlich als Schulsystem verstanden werden. Bildungspolitik ist nicht einfach nur Schulpolitik. Bildungspolitik wird immer stärker das Bündel der Entwicklungen in einer Gesellschaft sein, die lebenslange Bildungsbiografien ermöglichen. Das ist das Zukunftsmodell. Das ist die Aufgabe, vor der alle Bildungseinrichtungen stehen. Die beruflichen Schulzentren, die wir in Deutschland haben, sind ein ausgezeichnetes Beispiel für die Verbindung von Erstausbildung und Weiterbildung. Wir müssen die Erstausbildung mit attraktiven Angeboten für spätere Zeiten verbinden.

Das gilt übrigens auch für unsere Hochschulen. Es macht keinen Sinn, dass Hochschulen vor allen Dingen von jungen Leuten und dann wieder von den Senioren besucht werden. Deshalb entwickeln wir Konzepte für berufsbegleitendes Studieren. Deshalb gibt es Aufstiegsstipendien für die, die aus dem Beruf kommen. Dort, wo ich studiert habe, muss ich auch im Laufe meines Lebens interessante Angebote finden für die weitere Bildung. Wir können in Deutschland nicht zufrieden sein mit dem Anteil derer, die sich weiterbilden. Deshalb gibt es eine Reihe von Initiativen, die diesen Anteil erhöhen sollen.

## III.

Für alle künftigen Entwicklungen, für unsere Prognosen und Diagnosen brauchen wir zuverlässige wissenschaftliche Methoden. Nach dem mir vorliegenden Bericht zur Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats ist das BIBB bei der Vernetzung insbesondere mit universitären Forschungseinrichtungen, bei der Nachwuchsförderung und mit der Errichtung eines von der Forschergemeinde bereits angenommenen Forschungsdatenzentrums erfreulich vorangekommen.

Wir stehen am Beginn einer Dekade, die wir nutzen wollen, um unser Land zur Bildungsrepublik Deutschland zu machen. Wir sind davon überzeugt, dass wir in diesem Jahrzehnt den Kindern und Jugendlichen mehr Aufmerksamkeit und mehr Bildung zukommen lassen müssen. Gleichzeitig werden uns die internationalen Verflechtungen noch stärker bewusst als je zuvor. Alles, was wir tun – in Bildung, Wissenschaft und Forschung –, erfolgt letztlich vor dem Hintergrund eines globalen Wettbewerbs um Bildung, um Wissenschaft, um die Talente dieser Welt.

Daher gilt es auch, den Föderalismus weiterzuentwickeln, ihn zu stärken und ihn auszurichten auf die globale Welt. Dann ist nicht mehr entscheidend, nur zu tun, was der Nachbar nicht tut, sondern Vergleichbarkeit herzustellen, Mobilität zu ermöglichen, zu akzeptieren, dass nicht die größtmöglichen Unterschiede zwischen 16 Ländern den Föderalismus ausmachen, sondern der dynamische Wettbewerb um die miteinander vereinbarten Ziele und Standards. Und dann muss man vielleicht auch nicht allein für drei Fächer in Deutschland 1.500 verschiedene Schulbücher zulassen.

Die berufliche Bildung tut das immer schon. Kein Mensch kommt auf die Idee, dass der Schreiner in Hamburg anders ausgebildet wird als der in Mannheim. Die berufliche Bildung ist also auch für die Verortung in einer föderalen Ordnung ein ausgezeichnetes Beispiel. Sie ist Vorbild für die allgemeinbildenden Schulen und das allgemeinbildende Bildungssystem.

In diesem Sinne sage ich noch einmal herzlichen Glückwunsch dem Bundesinstitut für Berufsbildung und vielen Dank Ihnen allen für die ausgezeichnete Arbeit.